Zeitschrift: Beiheft zum Bündner Monatsblatt

Herausgeber: Verein für Bündner Kulturforschung

Band: 16 (2019)

Artikel: Nazis als Nachbarn : Samnaun zwischen 1938 und 1945

Autor: Ruch, Christian

Kapitel: "Eben doch auch eine Bündner Gemeinde : der "Anschluss" Österreichs und seine Folgen für Samnaun

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-821104

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Eben doch auch eine Bündner Gemeinde» – der «Anschluss» Österreichs und seine Folgen für Samnaun

Die Machtübernahme des deutschen NS-Regimes in Österreich, die im Rahmen des sogenannten «Anschlusses» im März 1938 erfolgte, hinterliess auch und gerade im geografisch exponierten Graubünden mit seiner langen Grenze zu Vorarlberg und Tirol grosse Bestürzung. «Das traurige Ende Österreichs» titelte die «Neue Bündner Zeitung»[41] und schrieb: «Es ist, als wäre am Wochenende ein gewaltiger Nordsturm über den Frühling Europas dahingebraust, der alle keimenden Hoffnungen auf das Kommen einer Zeit vernichtet, da das Recht regiert statt der Gewalt.»[42] Das Blatt berichtete, dass die Grenzpfähle an der deutsch-österreichischen Grenze entfernt «und auf einer Kundgebung verbrannt» worden seien.[43] Hinsichtlich einer möglichen Bedrohung der schweizerischen Souveränität wusste die Zeitung allerdings zu vermelden, dass auf deutscher Seite «von irgendeiner Anwendung der im Falle Österreichs gehandhabten Politik auf die Schweiz absolut keine Rede sein könne», denn «das Deutsche Reich habe ein Interesse daran, dass die Schweiz das bleibe, was sie ist.»[44]

In einem von mehreren Parteien getragenen Aufruf «An das Schweizervolk!» hiess es: «Die Schweiz ist nicht Österreich; aber das Schweizervolk muss aus dem Schicksal Österreichs lernen!» Denn der «Untergang des österreichischen Staates ist das Ergebnis wirtschaftlicher Zerrüttung, geistiger Unterhöhlung, der Vernichtung demokratischer Rechte, daheriger Uneinigkeit des Volkes und mangelnden Willens zur Selbsterhaltung und zur Verteidigung.»[45] Gleichwohl stellte sich für die Schweiz die Frage, wie sie mit dem Fait accompli umgehen und darauf reagieren sollte. Das für die Aussenpolitik zuständige Eidgenössische Politische Departement (EPD) vertrat dem Bundesrat gegenüber die Ansicht, es seien «aus den feststehenden und unabänderlichen Tatsachen die in Betracht kommenden Folgerungen zu ziehen. Die schweizerischen Interessen in Österreich sind zu wichtig, als dass man deren Schutz durch unnütze Vorbehalte gefährden dürfte. Die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland wirft zahlreiche wirtschaftliche und rechtliche Probleme auf, die in Zusammenarbeit mit den jetzt massgebenden deutschen Instanzen gelöst werden müssen. Es ist fraglich, ob die Westmächte versuchen werden, die Anerkennung von gewissen politischen Zugeständnissen abhängig zu ma-

41 Neue Bündner Zeitung, 16.3.1938.
42 Ebd.
43 Ebd.
44 Neue Bündner Zeitung, 15.3.1938.
45 Neue Bündner Zeitung, 22.3.1938.

chen. Es ist auch möglich, dass sie durch Abwarten zum Ausdruck bringen wollen, dass sie mit dem Vorgehen Deutschlands in Österreich nicht einverstanden sind. Die Schweiz als neutrales Land hat aber in diesen aussenpolitischen Streitfragen der grossen Mächte nicht Stellung zu nehmen. Sie verfolgt eine neutrale Politik, wenn sie aus den gegebenen unabänderlichen Tatsachen diejenigen Folgerungen zieht, die zur Wahrung der eigenen Interessen notwendig erscheinen.»[46]

Am 21. März 1938 gab der Bundesrat vor der Bundesversammlung eine Stellungnahme ab, in der er erklärte: «Das historische Ereignis, das sich vor unsern Augen vollzogen hat, ist von grösster Tragweite. [...] Der Bundesrat hat Verständnis dafür, dass diese Vorgänge unser Volk stark bewegen. [...] Die Veränderung, die die politische Karte Europas dieser Tage erfahren hat, kann keine Schwächung der politischen Lage der Schweiz zur Folge haben. Die Unabhängigkeit und die Neutralität der Eidgenossenschaft erweisen sich im Gegenteil mehr denn je als unentbehrlich für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts. Feierliche Zusicherungen sind uns in dieser Hinsicht von allen Seiten gegeben worden. Ihr Wert ist unbestreitbar. Keiner unserer drei Nachbarstaaten kann den Untergang der Schweiz wünschen oder anstreben. Keiner von ihnen bedroht unsere demokratischen Einrichtungen, die ein wesentliches Lebensprinzip der Eidgenossenschaft und ihrer 22 Kantone ausmachen. Es ist eine jahrhundertalte Mission der Schweiz in Europa, im Interesse aller die Alpenpässe zu hüten. Die Schweiz deckt und schützt lebenswichtige Grenzabschnitte ihrer Nachbarn. Der Wille des Schweizervolkes, diese Aufgaben zu erfüllen und seine Unabhängigkeit unter Einsatz seines Blutes zu behaupten, ist einhellig und unerschütterlich. Die Schweiz hält sich von fremden Händeln fern. Jeder Angriff auf die Unversehrtheit ihres Gebietes würde ein verabscheuungswürdiges Verbrechen gegen das Völkerrecht darstellen. Die Lehre, die unser Land aus den Ereignissen zu ziehen hat, liegt klar zu Tage: Mehr als je müssen die Bestrebungen zur Anerkennung unserer umfassenden Neutralität fortgesetzt und zum Ziele geführt werden; in der Tat muss in dieser Hinsicht jegliche Zweideutigkeit beseitigt werden. Ferner ist es eine Notwendigkeit, dass wir mit allen unsern Nachbarn in gleicher Weise korrekte und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten bestrebt sind. Der Kampf der gegensätzlichen politischen Systeme in andern Ländern berührt unsern Staat nicht. Es steht jedem Volke frei, sich seine eigenen inneren Einrichtungen zu geben. Das Schweizervolk ist einig und muss einig bleiben in dem Willen, das unvergleichliche Vaterland, das Gott ihm gegeben hat, koste es was es wolle, gegen jedermann und bis zum letzten Atemzug zu verteidigen. Werden wir uns in diesen bewegten Zeiten immer mehr der Aufgabe bewusst, die uns die Vorsehung zugewiesen hat, zeigen wir, dass eine Demokratie wie die unsrige auf dem Grundsatz der Freiheit in der Ordnung beruht und dass nichts den Bund der Eidgenossen zu erschüttern vermag.»[47]

46 DDS, Bd. 12, 535f.
47 Ebd., 544f.

Unter wirtschaftlichem Aspekt, so die «Neue Bündner Zeitung», stünden «für die Schweiz in Österreich grosse Interessen auf dem Spiel. Man erinnert sich, dass noch in den letzten Jahren Millionen guter Schweizerfranken nach Österreich gingen, um dort Alpenstrassen zu bauen und Elektrizitätswerke, dieweil wir das Geld z. B. für den Bernhardintunnel kaum aufbringen.» Ausserdem sei zu befürchten, «dass unsere Fremdenindustrie stark betroffen werde. Schon bisher wurde ja die Einreise deutscher Gäste in die Schweiz mehr und mehr erschwert; in Zukunft ist in erhöhtem Masse damit zu rechnen, dass das Reich seine Leute in die österreichischen Alpen dirigiere. Nationalsozialismus ist Trumpf! [...] Es wird keine Rede davon sein, dass Österreich als Teil des Deutschen Reiches irgendwelche wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zum Ausland und der Schweiz unterhält, welche nicht von der deutschen Reichsregierung nach reichsdeutscher Gesetzgebung geregelt sind. Hier werden wohl in der nächsten Zeit Schlag auf Schlag die Änderungen sich vollziehen, welche als Folgeerscheinungen der neuen staatsrechtlichen Verhältnisse sich ergeben.»[48] Aus Vorarlberg berichtete die Zeitung, dass am Feldkircher Bahnhof «der unvermeidliche S. A.-Mann, offensichtlich ein Deutscher», stehe, der die aus der Schweiz und Liechtenstein kommenden Reisenden «mit kalten, bösen Blicken» mustere.[49]

Obwohl die Tiroler NSDAP bis zur Krise im März 1938, auf die am 12. März der «Anschluss» folgte, keinesfalls die Mehrheit der Bevölkerung an sich binden konnte[50], kannte der Jubel beim Einmarsch der deutschen Truppen auch in Innsbruck keine Grenzen. «Plötzlich tauchten Tausende von Innsbruckern und anderen Tirolern in SA- und SS-Uniformen auf», erinnerte sich ein jüdischer Innsbrucker.[51] Bei der Volksabstimmung vom 10. April 1938, die den «Anschluss» nachträglich legitimieren sollte, wurden auch in Tirol Spitzenresultate erzielt. Der Ja-Anteil lag bei 99,3 Prozent der gültigen Stimmen, im an Samnaun grenzenden Bezirk Landeck sogar bei 99,44 Prozent. Hier hatten gerade einmal 83 von rund 15 000 Stimmberechtigten gegen den «Anschluss» gestimmt[52], was auch mit dem grossen sozialen «Druck zu konformem Wahlverhalten» in den oft kleinen Gemeinden des Bezirks zusammenhängen dürfte.[53] Gegen den «Anschluss» zu votieren sei «lebensgefährlich» gewesen, schrieb die «Neue Bündner Zeitung».[54]

Trotzdem stimmte das Ergebnis die Gestapo, gerade weil es für die NSADP so triumphal ausfiel, misstrauisch: «In all diesen Gemeinden lässt sich einheitlich beobachten, dass über Nacht eine wahre Sturzflut neugebackener ‹Nationalsozialisten› auftauchte, welche die alten Parteigenossen vollständig überschwemmten und im weiteren Verlaufe an die Wand drückten. In mehreren Gemeinden ist dieser Vorgang so radikal

48 Neue Bündner Zeitung, 15. 3. 1938.
49 Ebd.
50 Schreiber (2008), 64.
51 Ebd., 65.
52 Zahlen nach Schreiber (1993), 89.
53 Ebd., 90.
54 Neue Bündner Zeitung, 11. 4. 1938.

und umfassend zu beobachten gewesen, dass bei der Abstimmung am 10. April hundertprozentige Ergebnisse zu verzeichnen waren, was naturgemäss zu denken geben muss, wenn man weiss, dass es sich um Ortschaften handelt, in welchen einen Monat vorher kaum 5 bis 6 Parteigenossen ein mehr als verborgenes und nichts weniger als beneidenswertes Dasein fristen mussten.»[55] Auch in der «Neuen Bündner Zeitung» war darauf hingewiesen worden, dass der Anteil überzeugter Nationalsozialisten in Wien kaum 20 Prozent betragen habe, es aber wohl bald 90 Prozent sein würden.[56]

Grund für den Sinneswandel war – neben blankem Opportunismus – wohl vor allem die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung und bessere Lebensverhältnisse, aber auch die Haltung der katholischen Kirche, deren Bischöfe in einer «Feierlichen Erklärung» am 18. März 1938 das nationalsozialistische Wirken in Österreich «mit ihren besten Segenswünschen» bedachten und «auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen» wollten. Die Kirche sah durch das NS-System «die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt».[57] Daher sei es «für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind».[58] Einer Mitgliedschaft in der NSDAP stand damit auch aus Sicht der Kirche nichts entgegen, und da Franz Hofer, Gauleiter von Tirol-Vorarlberg, eine grosszügige Aufnahmepraxis neuer Parteimitglieder betrieb, umfasste die NSDAP bei Kriegsende rund ein Fünftel der Tiroler Bevölkerung.[59]

Verzweifelt dagegen waren die Tiroler Jüdinnen und Juden, von denen zwölf Suizid begingen.[60] Die Basler «National-Zeitung» berichtete von einem jüdischen Musiker, der nach Graubünden geflohen war, dass gemäss seinen Schilderungen «die Verfolgungen aller Juden im neuen Österreich schon jene Dimensionen angenommen» hätten, «die wir aus Deutschland immer wieder vernehmen», sodass «mancher aus Furcht vor dem Konzentrationslager oder vor noch schlimmeren Massregelungen aus dem Leben scheide. ‹Auf der Flucht erschossen!› sei zur täglichen Redewendung geworden, wenn einer abends nicht in seine armselige Klause zurückkehre.»[61]

Die Besetzung der Tiroler Aussengrenze durch SA-Einheiten in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 und die zunächst restriktive Politik der neuen Machthaber machten eine Ausreise anfangs ebenso schwierig wie die Schneeverhältnisse. Die «National-Zeitung» berichtete wenige Tage nach dem Anschluss: «Die Befürchtung, die Umwälzung in Österreich hätte den massenhaften Übertritt von Flüchtlingen nach Graubünden zur Folge,

55 Zit. in Schreiber (2008), 66f.
56 Neue Bündner Zeitung, 16. 3. 1938.
57 Dokumentiert in Schreiber (2008), 70.
58 Zit. in Steininger und Pitscheider (2002), 37.
59 Schreiber (2008), 72f.
60 Ebd., 71.
61 BAR E4320B#1991/243#193*, Az. C.13.00001, Flüchtlinge aus Deutsch-Oesterreich; hier: Bericht National-Zeitung, 26. 4. 1938.

ist bis jetzt aus begreiflichen Gründen nicht eingetreten. Die Grenzübergänge von Osten her werden, mit Ausnahme desjenigen von Martinsbruck im Unterengadin und jenes an der Malserheide im Münstertal, noch durch meterhohen Schnee behindert. Ausserdem haben die Grenzwachtorgane von Anfang an dafür gesorgt, dass Schwarzgänger an der Grenze aufgehalten werden.» Allerdings würden «mit Bestimmtheit noch mehr Flüchtlinge [...] in Graubünden erwartet, so bald einmal die Pässe und Schleichwege schneefrei sind. Inzwischen wurden die Passorgane angewiesen, die Überläufer anzuhalten. Den Kantonsbehörden erwächst mit diesen bedauernswerten politischen Flüchtlingen eine aussergewöhnlich schwierige Aufgabe.»[62] Dennoch gelang bis 1. April 1938 schätzungsweise rund drei- bis viertausend österreichischen Flüchtlingen die legale Einreise in die Schweiz.[63] Ende April berichtete die «National-Zeitung», dass «mit dem Zurückweichen des hohen Schnees» nun die Zahl der Flüchtenden zunehme, und «es war vorauszusehen, dass unter den Emigranten sich besonders Juden befinden. Jede Woche wandern vom Unterengadin herauf Wiener und andere Österreicher ins Bündnerland und bis nach Chur, wo sie sich Bekannten anschliessen und Brot und Unterkunft zu erhalten hoffen.»[64]

Der Bundesrat nahm angesichts dieser Entwicklung eine restriktive Haltung ein und führte am 28. März 1938 die Visumspflicht für die Inhaber österreichischer Pässe ein. In einem Kreisschreiben an die kantonalen Polizeidirektionen stellte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) kurz darauf fest, «dass sich die Verhältnisse sehr zu unsern Ungunsten verändert haben. Der Drang des östlichen Judentums, auszuwandern, hat sich stark vermehrt, nicht nur in Österreich. Anderseits ist unsere Aufnahmefähigkeit beschränkter als je und endlich wird es immer schwieriger, die Leute wieder fortzubringen. Aller Voraussicht nach werden sich die andern westeuropäischen Staaten dieser Zuwanderung nur immer noch dichter verschliessen. Damit vermehrt sich die Gefahr, dass die bei uns Gelandeten uns im Lande liegen bleiben.»[65] Erschwerend kam hinzu, dass das NS-Regime ab Mitte Mai 1938 darauf setzte, die Emigration der Jüdinnen und Juden zu fördern, auch und gerade in die Schweiz. Der Schweizer Generalkonsul in Wien berichtete Anfang Juni: «Es wird von den deutschen Behörden systematisch dahin gearbeitet, Juden von hier wegzubringen, sobald sie ihren finanziellen Verpflichtungen dem Lande gegenüber nachgekommen sind.»[66] Zusammen mit der Schweizer Visumspflicht führte dies zu vermehrt unerwünschten Grenzübertritten, die auch in Samnaun registriert wurden. Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung des EJPD, informierte den deutschen Botschafter in Bern darüber, dass «direkte und indirekte Überstellungen solcher Ausländer erfolgt sind über Samnaun [Leute, die angeblich in behördlichem Auto bis Landeck gebracht worden

62 Ebd., Bericht National-Zeitung, 21. 3. 1938.
63 UEK (2001), 100.
64 BAR E4320B#1991/243#193*, Az. C.13.00001, Flüchtlinge aus Deutsch-Oesterreich; hier: Bericht National-Zeitung, 26. 4. 1938.
65 Ebd., Kreisschreiben EJPD an die Polizeidirektionen der Kantone, 8. 4. 1938.
66 Zit. in UEK (2001), 101.

sind], über Schaanwald, Kreuzlingen (Saubach), von Friedrichshafen nach Singen dirigiert und von dort über Ramsen nach Schaffhausen und von Lörrach nach Basel. [...] Als ein schweizerischer Grenzpolizeibeamter einen deutschen Kollegen in Feldkirch auf dieses Vorgehen aufmerksam machte, soll dieser ihm geantwortet haben, die Schweiz habe ja Geld genug, um die Leute aufzunehmen, die sie draussen nicht mehr brauchen könnten und nicht mehr wollten.» Rothmund machte den deutschen Gesandten «auf das Unhaltbare eines solchen Vorgehens aufmerksam».[67]

Doch auch in Samnaun selbst arbeiteten die Beamten nicht so, wie man dies in Bern erwartete. Im August 1938 wurde berichtet, dass «Grenzpassierscheine für österreichische Flüchtlinge [...] in 2 Fällen eigenartigerweise durch das [schweizerische!] Polizeikommissariat Samnaun!» ausgestellt worden seien, was den beiden Flüchtenden die Einreise ermöglicht habe.[68] Wenig später erfuhr die Bundesanwaltschaft, dass «in Zürich ein Flüchtling angehalten worden» sei, «der am 19. 8. [1938] in Samnaun über die Grenze gekommen und nach Einvernahme einfach über Schuls nach Zürich weitergereist» sei. Eine entsprechende Weisung vom Vortag scheine in Samnaun «nicht streng gehandhabt zu werden», vielleicht habe sie am 19. August auch noch nicht vorgelegen.[69]

Gleichzeitig musste der Bundesrat zur Kenntnis nehmen, «dass die illegale Zureise von Flüchtlingen [...] noch zugenommen habe. Auch seien erneut von den deutschen Grenzbehörden unberechtigterweise Grenzpassierscheine für den kleinen Grenzverkehr an Flüchtlinge ausgestellt worden. [...] Nachdem Deutschland den verschiedenen Interventionen auf Abbremsung der Ausreise der österreichischen Juden kein Gehör geschenkt hat, uns gegenteils durch den vermehrten Zustrom solcher Leute beweist, dass es sie um jeden Preis loshaben will, und dazu allen bekanntlich zuerst ihre Mittel abnimmt oder sie zum mindesten für die Ausreise nicht freigibt, nachdem es praktisch ausgeschlossen ist, eine noch grössere Zahl in der Schweiz zu beherbergen, und endlich nachdem die Leiter der Schweiz. Judenschaft erklärt haben, die Sache wachse ihnen finanziell über den Kopf, bleibt nichts anderes übrig, als die Grenze zu sperren für jeden nicht vorher erlaubten Übertritt, und die zwischen den Grenzposten Eingereisten über die Grenze zurückzuschicken.» Der Bundesrat beauftragte das EJPD, «die nötigen Weisungen zu erlassen, um den weiteren Zustrom von Flüchtlingen aus Deutsch-Österreich zu verhindern. Das Finanz- und Zolldepartement (Oberzolldirektion) und das Militärdepartement werden das Justiz- und Polizeidepartement durch die notwendige Verstärkung des Grenzschutzes unterstützen.»[70]

In der Bevölkerung führte die restriktive Flüchtlingspolitik der Schweiz teilweise zu Unverständnis und Kritik, so dass sich auch der Churer Bischof Laurenz Matthias Vincenz an den Bundesrat wandte und ihm am

67 DDS, Bd. 12, 813f.
68 BAR E4320B#1991/243#193*, Az. C.13.00001, Flüchtlinge aus Deutsch-Oesterreich; hier: Bericht Grenzübertritt österreichischer Flüchtlinge, 11. 8. 1938.
69 Ebd., Grenzübertritt österreichischer Flüchtlinge, 6. Bericht vom 1. 9. 1938.
70 DDS, Bd. 12, 833ff.

3. September 1938 ein Schreiben zukommen liess, in dem sich ein Anton Bühler zu seinen Eindrücken von der Flüchtlingsrückweisung äusserte. Bundesrat Motta antwortete darauf, man verstehe sehr gut, «dass die Sperrung der Grenze für die österreichischen Flüchtlinge und die damit verbundenen Rückweisungen Härten mit sich bringen, die einen peinlichen Eindruck erwecken und deren Durchführung denen, die damit zu tun haben, schwer fällt. Sie haben sich auch nicht leicht entschlossen, diese Massnahme anzuordnen, doch war sie unbedingt notwendig. Unmittelbar nach dem Umsturz in Österreich setzte ein Zustrom von Flüchtlingen, namentlich Juden, ein, sodass schon vor der Einführung der Visumspflicht für die Inhaber österreichischer Pässe Tausende in die Schweiz kamen. Eine grosse Zahl reiste sodann mit einem Visum ein, das von einem schweizerischen Konsulat entweder dank einer von der Eidgenössischen Fremdenpolizei erteilten Bewilligung, oft aber auch auf Grund falscher Angaben des Einreisebegehrenden gegeben worden war. Es begannen auch sogleich die illegalen Einreisen, anfangs vereinzelt, dann – als unter den auf die Auswanderung aus Österreich Wartenden der Erfolg der ersten Versuche bekannt geworden war – nahm ihre Zahl zu, bis sie geradezu lawinenartig anschwoll. Die illegal Einreisenden sind übrigens durchaus nicht immer Leute, die aus Angst vor persönlichen Schädigungen die Schweizer Grenze so rasch als möglich überschreiten wollen; ein erheblicher Teil davon sind solche, die Erledigung eines Einreisegesuches nicht abwarten oder den gewünschten Entscheid erzwingen wollen. Hätten wir diesen Zustand andauern lassen, so wäre unser Land bald überschwemmt worden, umsomehr, als für die wenigsten dieser Flüchtlinge die Möglichkeit besteht, aus der Schweiz fort- und weiterzureisen, da fast alle Länder ihnen verschlossen sind. Es hätten völlig unhaltbare Zustände entstehen müssen, wenn die Zahl der schon in der Schweiz befindlichen Flüchtlinge sich noch vervielfacht hätte; nicht zuletzt darum, weil eine übermässige jüdische Einwanderung fast sicher auch bei uns das Entstehen einer antisemitischen Bewegung zur Folge hätte. Sie werden mit uns einverstanden sein, dass dies, als der Schweiz unwürdig, unbedingt vermieden werden muss. Es sind nun seit der Sperrung der Grenze bald zwei Monate verflossen. Heute darf wohl gesagt werden, dass diese Massnahme viel von ihrer anfänglichen Härte verloren hat, da nach ihrem Bekanntwerden die Versuche, die Grenze unbefugt zu überschreiten, viel seltener geworden sind. Das konnte aber nur erreicht werden durch eine lückenlose Durchführung der angeordneten Massnahme; wenn die Behörden Ausnahmen hätten gelten lassen, wären sie bald nicht mehr Herren der Lage gewesen.»[71]

Die Bündner Kantonsregierung berichtete auf die dramatischen Monate nach dem «Anschluss» zurückblickend: «Der Anschluss von Österreich an das Deutsche Reich brachte eine grosse Zahl von Flüchtlingen in den Kanton. Während es sich in den ersten Monaten um ausgesprochene politische Flüchtlinge handelte, kamen später sozusagen ausschliesslich

71 BAR E2001D#1000/1553#5750*, Az. B.41.21.1, Politische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich – Allgemeines; hier: Schreiben von Bundesrat Motta an Bischof Laurenz Matthias Vincenz, 17.10.1938.

Juden herein. Bis Mitte August konnten alle Flüchtlinge in das Ausland weitergebracht werden. Die Flüchtlinge mussten allerdings hier verköstigt und zum Teil ausgestattet werden. Seit Mitte August ist es nur wenigen Flüchtlingen möglich geworden, weiterzureisen, da es schwer hält, die nötigen Visa zu bekommen. [...] Gemäss Verfügung des Bundesrates müssen alle illegal eingereisten Emigranten über die Grenze zurückgewiesen werden, was oft hart, aber notwendig ist, solange eine Weiterreise nicht möglich ist.»[72]

72 Jahresbericht 1938 (1939), 39f.